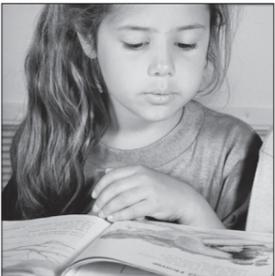


Schulkinder- betreuung

Die BALL bleibt dran

Duf Antrag der BALL hatte der Schulausschuss am 20.11.17 beschlossen, dass die Stadt im Zusammenwirken mit allen Beteiligten ein Konzept zur Verbesserung der Raumsituation für die Schulkinderbetreuung an den Grundschulen erarbeiten möge. Vorausgegangen waren Kritiken des „Freundeskreises“, der ehrenamtlich die Schulkinderbetreuung übernimmt, und der Lehrerschaft an der James-Krüss-Schule über die erheblichen Raumprobleme einschließlich des Fehlens einer Mensa bei



der Betreuung von 45 Schulkindern. An der Gottfried-Semper-Schule gibt es für 30 Schulkinder das gleiche Raumproblem, jedoch immerhin eine erreichbare Mensa. Faktisch gibt es bei erhöhter Nachfrage von Seiten der Eltern keine zusätzlichen Betreuungsplätze mehr. Ein anderes Problem, auf das die BALL bereits vor einem Jahr hingewiesen hat, ist die Frage, wie die Schulkinderbetreuung nachhaltig abzusichern ist, wenn die ehrenamtliche Arbeit an ihre Grenzen stößt. Auf Nachhaken der BALL in der Schulausschusssitzung am 12.2.18, also fast drei Monate, später, wurde mitgeteilt, dass demnächst ein erstes Gespräch zur Raumproblematik erfolgen würde. Die BALL wird zur nächsten Stadtvertreterversammlung am 24.4. einen Zwischenbericht über die Umsetzung des Schulausschuss-Beschlusses anfordern. Es muß eine zukunfts-trächtige Lösung für eine bessere und angemessene räumliche Unterbringung der Schulkinderbetreuung gefunden werden. Und auch in der neuen Stadtvertretung wird die BALL in dieser Frage am BALL bleiben.

BALL-Spitzenkandidaten zur Wahl der Stadtvertretung am 6. Mai:

Günter Thiel, Helmut Welk, Henrik Pünner und Klaus Kuberzig

Am 22.2. stellte die BALL 14 Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl in Barmstedt auf, darunter fünf, die erstmals mit ihrer Kandidatur die BALL unterstützen.

Die Listenplätze der BALL wurden in folgender Reihenfolge gewählt: Dr. Günter Thiel (Dipl.-Psych.), Helmut Welk (Grafiker), Henrik Pünner (Berufsschullehrer), Klaus Kuberzig (Bilanz-Buchhalter), Herbert Flick (Lehrer), Britt Schölermann (Informatikerin), Hanne Bathow (Familienhebamme), Patrick Langreder (Gesundheits- und Krankenpfleger), Tatjana Huse (Physiotherapeutin), Sönke Steenfatt (Arbeiter), Bernd Graap (Erzieher), Katharina Schwietering (Dipl.-Psych.; Musiktherapeutin), Thomas Köck (Altenpfleger),



Manfred Langner (Rentner).

Von diesen 14 Kandidatinnen und Kandidaten wurden 12 als Direktkandidatinnen und -kandidaten für die 12 Wahlbezirke

aufgestellt.

Bei der Wahl der Barmstedter Stadtvertretung hat jede/r ab 16 Jahren eine Stimme. Mit dieser wird im jeweiligen Wahlbezirk

eine Direktkandidatin oder ein -kandidat gewählt. Aber: Gleichzeitig werden alle Stimmen zusammengezählt, die z. B. die BALL-Kandidatinnen und Kandi-

daten in allen 12 Wahlbezirken erhalten haben. Je nachdem, wie groß dieser Anteil ist, kommen dann die Spitzenkandidaten der BALL – das sind Dr. Günter Thiel, Helmut Welk, Henrik Pünner und Klaus Kuberzig – in die Stadtvertretung. Oder vereinfacht: Wer will, dass die Spitzenkandidaten der BALL Dr. Günter Thiel, Helmut Welk wieder und Henrik Pünner und Klaus Kuberzig neu in die Stadtvertretung kommen, muß auf jeden Fall in seinem Wahlbezirk die dort auf dem Stimmzettel stehende BALL-Kandidatin bzw. den BALL-Kandidaten wählen.

BALL-Vorsitzender Helmut Welk: „Unser Wahlziel ist es, durch die Stärkung der BALL-Fraktion zugleich die Kräfte für eine soziale, demokratische und ökologisch-orientierte Politik zu stärken. „BALL im Rathaus – damit man draußen sieht was im Rathaus geschieht“ – das war unser Slogan bei der letzten Wahl. Das haben wir u. a. umgesetzt durch die regelmäßige flächendeckende Herausgabe der BALL-Zeitung mit rd. 100.000 Exemplaren seit der letzten Wahl. Das werden wir fortsetzen.“

Auch in Barmstedt bei der Straßenerneuerung

Anliegerbeiträge abschaffen!

Die BALL hat in die Hauptausschusssitzung am 13.2. den Antrag auf Abschaffung der Anliegerbeiträge bei der Straßenerneuerung eingebracht. Von der neuen Landesregierung war ein neues Gesetz eingebracht worden, das den Kommunen freistellt Anliegerbeiträge zu erheben oder nicht. Zuvor waren die Kommunen zur Erhebung von Anliegerbeiträgen verpflichtet gewesen.

Die BALL hatte in den zurückliegenden Jahren immer wieder die hohen Anliegerbeiträge beim Straßenausbau kritisiert und noch entschiedener haben wir die vorgesehene weitere Erhöhung der Anliegerbeiträge durch die Stadtvertretung abgelehnt.

Die BALL hat darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger vielfältige Steuern zahlen, mit denen der Straßenausbau zu finanzieren ist, so z. B. KFZ-, Mineralöl- und Grundsteuer. Zudem ist es für viele Anlieger eine erhebliche soziale Härte, wenn mal eben für die Straßenerneuerung mehrere Tausend



Euro gezahlt werden müssen. Und bei Mietwohnungen gehen die Anliegerbeiträge indirekt in die Renditekalkulation ein und befördern höhere Mieten.

Die BALL hat sich dafür eingesetzt, jetzt die Anliegerbeiträge rückwirkend zum 26.1.2018 abzuschaffen. An diesem Tag trat das neue Gesetz in Kraft. Die Befreiung von den Anliegerbeiträgen würde für alle Straßenerneuerungen gelten, die nach

dem 26.1. abgeschlossen sind.

Im Hauptausschuß unterstützte die FWB den BALL-Antrag in den zentralen Punkten und brachte in einem eigenen Antrag noch einige Ergänzungen mit ein. Bei der Abstimmung über die Abschaffung der Anliegerbeiträge gab es eine Stimmgleichheit und damit ein knappes Scheitern des Antrags im Hauptausschuß: Die vier Vertreter von BALL und FWB

sowie eine SPD-Vertreterin stimmten für die Abschaffung, alle CDU-Vertreter und ein SPD-Vertreter dagegen, der Grünen-Vertreter enthielt sich. Es wurde dann beschlossen, dass die Verwaltung noch einige Fragen klären sollte.

Auf jeden Fall widerspricht die BALL Überlegungen ggf. als Ausgleich für den Wegfall der Anliegerbeiträge die Grundsteuer B zu erhöhen oder eine Extra-

gebühr auf alle umzulegen. Die BALL bleibt bei ihrer Einschätzung, dass die Erhebung von Anliegerbeiträgen vor etlichen Jahren nichts anderes als das zusätzliche Abkassieren der Bürgerinnen und Bürger war.

Zeitweilig wird argumentiert, dass die Stadt sich die Abschaffung der Anliegerbeiträge „eigentlich nicht leisten könne“. Angesichts von gut 6 Mio. Euro Defizit im Verwaltungshaushalt der Stadt könnte die Stadt sich eigentlich gar nichts leisten: keine Schulen, keine Kindergärten, keine Feuerwehr, keine Verwaltung... Aber dennoch ist all das notwendig, und es ist nicht einzusehen, dass die Barmstedter weiter Anliegerbeiträge zahlen sollen, während sie in etlichen Kommunen abgeschafft werden. Im Antrag der BALL ist deshalb zusätzlich die Forderung an die Landesregierung enthalten, dass diese im Zuge der Neuregelung des Finanzausgleichs den vollen Ausgleich für den Wegfall der Anliegerbeiträge übernehmen müsse. Diese Forderung wird von zahlreichen Kommunen erhoben.

Die BALL-Fraktion hat angekündigt, auf der Stadtvertreterversammlung am 24.4. den Antrag auf Abschaffung der Anliegerbeiträge bei der Straßenerneuerung zu stellen.

Dafür waren wir, das haben wir gemacht

Die BALL ist zur Wahl angetreten unter der Losung „**BALL im Rathaus – damit man draußen sieht, was im Rathaus geschieht**“. Mit 25 Ausgaben der BALL-Zeitung und rund 100.000 Exemplaren wurden die Barmstedterinnen und Barmstedter über wichtige Geschehnisse informiert, so dass die Menschen oftmals selbst aktiv werden konnten. Nicht selten wurden wichtige Forderungen aus der Bevölkerung unterstützt, oder die BALL brachte brisante Themen an die Öffentlichkeit.

Mal mit gutem Erfolg, mal mit Teilerfolg, mal vergebens, mal allein, oftmals zusammen mit anderen hat die BALL innerhalb und außerhalb der Stadtvertretung seit der letzten Kommunalwahl u. a. dies gemacht:

Die BALL ist **allen zusätzlichen finanziellen Belastungen der Bevölkerung, jeder Form von Kürzungen bei Sozialem, Schulen, Sport und Kultur entgegen getreten**.

Denn diese sind Teil der Umverteilung von unten nach oben: die Milliarden, die der Staat an die HSH-Nordbank fließen lässt oder die dem Staat durch Steuererlassen, -hinterziehung oder legale Steuerflucht entgehen, werden u. a. auch in den Kommunen von der Bevölkerung wieder reingeholt. Strom oder Gaspreise, Hundesteuer, Grundsteuer, Kindergartenbeiträge, Eintrittspreise Wellenbad, Verwaltungsgebühren, Sportstättengebühren – die BALL hat konsequent eine weitere Belastung der Bevölkerung abgelehnt.

Die BALL hat sich **deutlich gegen die hohen Anliegerbeiträge** und insbesondere gegen die geplante Erhöhung beim Straßenausbau ausgesprochen. Als dies nach Änderung des Landesgesetzes möglich war, hat die BALL den Antrag auf **Abschaffung** der Anliegerbeiträge bei der Erneuerung von Straßen eingebracht.



Die BALL hat sich für eine **bessere Unterstützung von Personen mit geringem Einkommen (Hartz-IV; Grundsicherungsrente; Sozialhilfe)** eingesetzt, so durch Erhöhung des Strom-Sozialtarifs, Eintritts- befreiungen, Abschaffung des

seinerzeitigen Mindestbeitrags in den Kindergärten, Verbot des Strom- oder Gassperrens bei Zahlungsschwierigkeiten.

Die BALL hat die **Sportvereine und Schwimmvereine** in ihrem Widerstand unterstützt, als diese zusätzlich von der Stadt abkassiert werden sollten. Die BALL hat sich sehr für den Bau des **Kunstrasenplatzes** an der Dusterlohe eingesetzt.



Die BALL hat zielstrebig die Schaffung von **neuen Kindergärten- und Krippenplätzen** verfolgt, und nach Überwindung aller Verzögerungen kommt es jetzt zum Bau eines neuen Kindergartens. Die BALL hat bekräftigt, den **neuen Kindergarten im B-Plan 72b** an der Dusterlohe anzusiedeln. Der Park bei der Jugendbildungsstätte sollte für die Bewohner in der Umgebung und die Jugendbildungsstätte erhalten bleiben.

Die BALL hat fortlaufend die landesweite **Forderung nach kostenloser Elementarbildung in Kindergärten und Krippen** unterstützt.

Die BALL hat sich stark für den **Neubau der Stadtbücherei** eingesetzt, und sie wird dies bis zum Ergebnis auch weiter tun.

Die BALL hat die Bereitstellung von **Flächen für den Bau von Sozialwohnungen** gefordert, so u. a. im B-Plan 72b an der Dusterlohe.

Die BALL hat die unzureichende **ärztliche Versorgung** insbesondere durch Fachärzte wiederholt thematisiert und die laufenden Bemühungen zur Verbesserung unterstützt.

Die BALL hat die **dezentrale und menschenwürdige Unter-**

bringung von Flüchtlingen in von der Stadt erworbenen Gebäuden sowie die **Initiativen zur Integration** in Barmstedt unterstützt.

Die BALL hat den **Widerstand gegen den geplanten Bau der riesigen Müllverbrennungsanlage Bützfleth/Stade** unterstützt, u. a. eine Protest-Entschießung der Stadtvertretung herbeigeführt.

Die BALL hat ebenso den starken **Widerstand gegen Fracking-Pläne** durch den kanadischen Konzern PRD Energy GmbH im Norden Barmstedts unterstützt.

Die BALL hat die **Proteste gegen die LKW-, Lärm- und Feinstaubbelastung durch die Meierei/Käsefabrik** kontinuierlich unterstützt.

Die BALL hat massiv kritisiert, dass die **Meierei** aus dem eigenen Brunnen rund **300.000 m³ Wasser umsonst** schöpfen kann, obwohl die Leistungsfähigkeit des Grundwasserleiters, von dem die Wasserversorgung der Barmstedter abhängt, nicht sorgfältig untersucht wurde.

Die BALL hat sich vehement **gegen die Privatisierung des kommunalen Seniorenheims** ausgesprochen und sich dafür eingesetzt, dass die Beschäftigten weiterhin nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.

Die BALL hat sich in einer Phase mit zeitweiligen Defiziten sehr für den **Erhalt des kommunalen Seniorenheims** eingesetzt.

Die BALL hat sich immer für die Erhaltung aller **Arbeitsplätze bei der Stadt, dem Bauhof und städtischen Einrichtungen** und die **Schaffung neuer Arbeitsplätze** zur Bewältigung weiterer Aufgaben eingesetzt.

Ebenso hat die BALL den europäischen **Widerstand gegen EU-Pläne zur Privatisierung der Wasserversorgung** auch von Barmstedt aus, u. a. über den Werkausschuss, begleitet.

Die BALL hat mit dazu beigetragen, dass es bei den Stadtwerken, den Tochtergesellschaften und im kommunalen Seniorenheim bei **tariflich an den TVV bzw. TVÖD gebundenen Arbeitsverhältnissen** bleibt.

Die BALL hat sich für größere und **angemessenere Räumlichkeiten für die Schulkinderbetreuung** an den Grundschulen eingesetzt.

Die BALL hat sich für die Aufstockung und Absicherung der **Schulsozialarbeit** sowie für eine **Aufstockung der Lernmittellansätze** in den Schulen eingesetzt, um entsprechend die Eltern von Zuzahlungen zu



entlasten.

Ebenso hat die BALL die **Neubauinvestitionen** an den Barm-

stedter Schulen voll mitgetragen.

Die BALL hat die verschiedenen **Initiativen, die sich für mehr Schulwegsicherung** oder gegen die Belastung durch zunehmenden **LKW-Verkehr** eingesetzt (Spitzerfurth; Kl. Gärtnerstraße; Königstrasse) unterstützt.

Die BALL hat in der Stadtplanung den **Grundsatzbeschluss** vertreten, dass neues Bauland auf städtischen Flächen ausgewie-

sen wird, um den Wertzuwachs nicht privaten Bodenspekulanten sondern der Allgemeinheit

zukommen zu lassen.

Die BALL hat die Verlegung von „**Stolpersteinen**“ im Gedenken an Opfer des NS-Staats in Barmstedt unterstützt.

Die BALL hat die Schaffung einer **Gedenkstätte für die etwa 500 Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter** auf dem Friedhof unterstützt.

Die BALL hat sich dafür ausgesprochen die NS-Aufmarschstätte im Park der **Jugendbildungsstätte** zu einer **mahnenden Gedenkstätte** umzuwandeln.

Die BALL hat immer wieder auf die **Ursachen der Finanznot vieler Kommunen**, so auch Barmstedts, verwiesen. Diese liegen in einer viel zu geringen Finanzausstattung der Kommunen im Verhältnis zu den Aufgaben der Kommunen. Die politische Verantwortung dafür tragen die verschiedenen CDU- oder SPD-geführten Landes- und Bundesregierungen.

Die BALL hat vor Ort etliche **Aktionen der Friedensbewegung gegen Auslandskriegseinsätze, Rüstungsexporte, Aufrüstung, US-Drohnenmorde von Ramstein, Kriegspropaganda und die Atomkriegsgefahr** unterstützt.

MVA und Kohlekraftwerk Bützfleth/Stade: Widerstand wird unterstützt



In der geplanten MVA sollen jährlich mehr als 200.000 Tonnen verbrannt werden, darunter große Mengen aus dem Ausland. Durch die in der Regel vorherrschenden Westwinde würde ein Großteil der teilweise hochgiftigen Schadstoffemissionen in Richtung Kreis Pinneberg und somit auch in unsere Region wehen.

Die Stadtvertretung erklärt sich solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gemeinden in ihrem Bemühen die geplante Müllverbrennungsanlage sowie das geplante Kohlekraftwerk zu verhindern, um die Gesundheit, die Lebensqualität und die Umwelt im Kreisgebiet nicht zu gefährden.

Die Stadtvertretung fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Verzicht auf diese Industrieanlagen einzusetzen.

Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, die Messstation in Haselau-Altendeich so aufzurüsten, dass ein verlässlicher Vorbelastungswert ermittelt werden kann.“

Die BALL-Fraktion wird sich auf der nächsten Umweltausschusssitzung dafür aussprechen, zusammen mit anderen Gemeinden auch den juristischen Widerstand gegen diese Umweltvergifter finanziell zu unterstützen.

Die BALL-Fraktion brachte in den Hauptausschuss und in die Stadtvertretung eine Entschließung ein, um den Widerstand gegen die jenseits der Elbe geplante Megamüllverbrennungsanlage in Bützfleth/Stade und das geplante Kohlekraftwerk zu stärken. Die Stadtvertretung beschloss einstimmig diese Resolution: „Die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt hat großes Verständnis für die Sorgen der Menschen im Kreis Pinneberg, die von der geplanten Müllverbrennungsanlage in Stade-Bützfleth sowie dem geplanten Kohlekraftwerk in Stade direkt betroffen sein werden.“